



öffentlich

Betreff:

Parkverbot im Vogelsang (Eigenheimsiedlung)

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 15.02.2010

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
03.03.2010	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu veranlassen, dass

1. in der Straße „Vogelsang“ ein einseitiges Parkverbot ausgesprochen wird und
2. der letzte Abschnitt des Ravensbergweges (Vogelsang bis zum Wald) nur für Anlieger freigegeben wird.

Über das Ergebnis der eingeleiteten Maßnahmen ist die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 5. Mai 2010 zu informieren.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Straßen der Eigenheimsiedlung werden morgens (7.00 bis 9.00 Uhr) und nachmittags (14.00 bis 17.00 Uhr) durch den Autoverkehr zur Internationalen Grundschule mit KITA und Vorschule), dem derzeit dort untergebrachten Kindergarten Plantagenhaus und den Hortgruppen der Waldstadt – Grundschule sehr stark frequentiert. Der Anwohnerverkehr, speziell der der mittelständischen Unternehmen, wird dadurch stark behindert. Proteste der Bewohner und Gespräche der Sicherheitspartnerschaft mit dem Ordnungsamt verliefen bisher erfolglos, so dass eine einvernehmliche Lösung des Problems dringend nötig ist.

Die Anwohner sind um gute Beziehungen zur Grundschule bemüht und haben gemeinsam mit einem Vertreter der Schule (Herrn Dietzel) die vorgeschlagene Antragsvariante diskutiert. Alle Beteiligten sind auch bereit, mit dem Ordnungsamt bzw. der zuständigen Polizeibehörde zusammenzuarbeiten.